

Deutsche Bankenentwicklung in der Krise richtig beurteilen

Auch deutsche Banken sind seit der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise heftig ins Gerede gekommen. Ihr Ruf hat schwer gelitten. Viele sprachen in Folge von einer Banken- und Vertrauenskrise. In der Tat mussten einzelne Institute, vor allen Dingen die Hypo Real Estate und die öffentlichen Landesbanken mit Steuergeldern vor der drohenden Insolvenz gerettet werden und die Commerzbank wäre ohne eine Teilverstaatlichung heute nicht mehr am Markt. Sind Banker, wie vielfach in den Medien behauptet, die von Gier getriebenen Zocker und Versager oder waren sie nur systemisch Getriebene? Wie war insgesamt die Bankenentwicklung in der Krise und wie konnte es überhaupt zur weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise kommen? Diesen Fragen will der folgende Beitrag nachgehen und Alternativen zu einer bisher nur unvollständigen Bankenregulierung aufzeigen.

1. Problemstellung

Wie konnte es zur weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise kommen? Nur wenn man hier nach der *originären Ursache* forscht, bekommt man auch die richtige Antwort. Der 2009, auf dem Höhepunkt der Krise verstorbene Ökonom, Jörg Huffs Schmid, schrieb am Vorabend der Mitte 2007 einsetzenden Krise: „Wir haben es hier mit sich gegenseitig verstärkenden Tendenzen zu tun, die in einen Teufelskreis aus *Umverteilung*, *Wachstumsschwäche* und *Arbeitslosigkeit* münden. Die steigenden Gewinne, die nicht produktiv re-investiert werden, fließen auf die *Finanzmärkte*. Dort können sie zu spekulativen Blasen führen, deren Platzen dann wiederum negativ auf das gesamtwirtschaftliche Wachstum wirkt und den Teufelskreis verstärkt“ (Huffs Schmid 2007, S. 20f.). Dies ist in der Tat die entscheidende *Krisen-Ursache*, die ihren Anfang in einer *Umverteilung von den Arbeits- zu den Kapitaleinkommen* hat. Nur wird die Ursache nicht (hinreichend) diskutiert, geschweige denn bekämpft bzw. beseitigt. Herrschende (neoliberale) Politik² beschränkt sich lediglich auf eine Bekämpfung der *Krisensymptome*. Dazu gehören auch die Bankerschelte sowie die nur zaghaft angegangene Bankenregulierung.

Der von Huffs Schmid herausgearbeiteter Teufelskreis hat unter dem neoliberalen Paradigma zwei immer mehr auseinanderklaffende Welten in der Ökonomie

¹ Heinz-J. Bontrup, Dr. rer. pol., Dipl.-Ökonom, Dipl.-Betriebswirt, ist Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Westfälischen Hochschule Gelsenkirchen, Campus Recklinghausen und Lehrbeauftragter an der Zeppelin Universität Friedrichshafen, Arbeitsschwerpunkte: Verteilungsfragen, allgemeine Wirtschafts- und Energiepolitik.

² Zum *Neoliberalismus* vergleiche ausführlich: Goldschmidt/Kein/Steinitz (Hrsg.) 2000), Butterwegge/Lösch/Ptak 2007.

entstehen lassen. Einmal in der *wertschaffenden realen Produktion des Brutto-sozialprodukts* und zum anderen in der *wertverteilenden Finanzmarktsphäre*. Beide entwickelten sich zunehmend disproportional. Zwischen 1980 und 2007 ist das nominale Bruttosozialprodukt der Welt von 10,0 auf 55,7 Billionen US-Dollar, also auf das Fünfeinhalbfache, angewachsen. Das liquide Finanzvermögen dagegen stieg von 12 auf 206 Billionen US-Dollar, auf gut das Siebzehnfache (McKinsey, 2015). Der Bestand an Finanzvermögen, deren Shareholder den Anspruch auf eine hohe Rendite erheben, war also im Jahr 2007 etwa dreieinhalb Mal so hoch wie die jährliche Produktion, aus der diese Gewinn-, Zins- und Grundrentenansprüche befriedigt werden müssen. Krisenbedingt ging dann 2008 das Finanzvermögen um 8,3 Prozent bzw. 17 Billionen US-Dollar zurück, um dann aber 2009 schon wieder auf 206 Billionen US-Dollar anzusteigen und den Verlust vollständig wettzumachen. Ende 2012 waren es nach McKinsey bereits wieder 225 Billionen US-Dollar, die weltweit nach einer profitablen Anlage gesucht haben (zitiert in Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 5.3.2013, S.17). Insgesamt ist von 1980 bis 2012 das weltweite Bruttosozialprodukt um 593,0 Prozent gestiegen, während das Finanzvermögen um 1.775,0 Prozent zulegen (vgl. Tab. 1).

Tab. 1: Entwicklung weltweites Bruttosozialprodukt und Finanzvermögen

Entwicklung weltweites Bruttosozialprodukt und Finanzvermögen												
	1980	1990	1995	2000	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2012	Veränderung 1980 - 2012 in %
Bruttosozialprodukt in Billionen US-Dollar	10,0	22,2	29,7	32,2	45,5	49,3	55,7	61,2	57,7	62,9	69,3	593,0
Finanzvermögen in Billionen US-Dollar	12,0	54,0	72,0	114,0	155,0	185,0	206,0	189,0	206,0	219,0	225,0	1.775,0

Quelle: McKinsey 2015

Mit dem seit Anfang der 1990er Jahre neoliberal intendierten *Shareholder-Value-Prinzip* (Rappaport 1986 (1999)) hat sich der *Renditeanspruch* ständig verschärft, da die Kapitaleigentümer seitdem vorab (ex ante) ihre Profitansprüche geltend machen, gleichgültig ob die Verteilungsmasse der Wertschöpfungen gestiegen, konstant geblieben oder gar gesunken ist. Die *Arbeitseinkommen* der abhängig Beschäftigten wurden so unter den Bedingungen von Wachstumsschwäche und Massenarbeitslosigkeit, sowie einer sich daraus ergebenden verschärften Kommodifizierung der Arbeitskräfte, bei der Verteilung der Wertschöpfung zur *Restgröße* gemacht. Sie bekommen seit dem noch das,

was von der gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung übrigbleibt, wenn sich die Kapitaleigner mit ihrem angeeigneten Mehrwert aus Gewinn, Zins und Grundrente befriedigt haben (Bontrup 2010; Spannagel 2015; Krämer 2015). Hinzu kommt bei dem immer mehr steigenden und sich konzentrierenden Finanzvermögen ein *Zinses-Zins-Effekt*, der die Ansprüche aus der realen Produktion an die verteilbaren Wertschöpfungen zu Lasten der Arbeitseinkommen weiter und weiter erhöht. Der französische Ökonom Thomas Piketty (2014a; 2014b; Bontrup 2014) konnte dies jüngst empirisch für mehrere kapitalistische Länder zeigen. Die Wachstumsraten (w) der Renditen auf Vermögens(Kapital-)bestände (r)³ steigen schneller als die Wachstumsraten der Wirtschaftsleistung, das Bruttoinlandsprodukt bzw. die Wertschöpfung (g). Kurzum: es gilt die Ungleichung ($w r > w g$).

2. Wesentliche Krisenursache: Umverteilung

Aber auch ohne Piketty war schon seit langem bekannt, dass es, nicht nur in Deutschland unter dem neoliberalen Paradigma, ab Mitte der 1970er Jahre – verstärkt seit dem Zusammenbruch der sogenannten New Economy im Jahr 2000 – zu einer kräftigen *Umverteilung beim Einkommen und Vermögen* gekommen ist. Dies zeigen für Deutschland nicht nur die vier bisher veröffentlichten Armuts- und Reichtumsberichte der Bundesregierung (zuletzt 2015), sondern dies wird auch in unregelmäßigen Abständen immer wieder vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW 2015a; 2015b; 2016) und vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichem Institut (WSI 2015) aufgezeigt. Seit 1975 macht die Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2015) in ihren jährlich erscheinenden Memoranden auf die Gefahren einer ungleichen Verteilung hinsichtlich wirtschaftlicher Entwicklung und Beschäftigung aufmerksam. Gerade hat der US-amerikanische Nobelpreisträger für Wirtschaft, Joseph Stiglitz (2015), mit seinem Buch „Reich und Arm“ die wachsende Ungleichheit und die negativen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Folgen insbesondere für die USA aufgezeigt.⁴ Mehrfach hat schon der deutsche Paritätische Gesamtverband auf die Zunahme von *Reichtum* in Deutschland auf der einen und *Armut* auf der anderen Seite aufmerksam gemacht, und die Entwicklung scharf kritisiert. Die *Armutsquote* liegt 2013 (jüngere Daten liegen nicht vor) bei 15,5 Prozent (Westdeutschland: 14,4 Prozent, Ostdeutschland: 19,8 Prozent). Fast jedes fünfte Kind wächst in Deutschland in Armut auf und es existieren rund 1.000 „Tafeln“ zur Armenspeisung (Paritätischer Gesamtverband 2015, S. 19; Schneider, U. (Hrsg.) 2015). Gut 6,7 Millionen Menschen (älter als 18 Jahre) waren 2015 in Deutschland mit einer mittleren individuel-

³ Die Rendite wird hier gemessen als Kapitalertrag eines Jahres in Form von Gewinnen, Dividenden, Zinsen, Mieten/Pachten und anderen Kapitaleinkommen in Prozent des eingesetzten Gesamtkapitals.

⁴ Außerdem gibt es auch für Deutschland zur Schieflage der Verteilung seit langem mehrere Einzelveröffentlichungen (u.a. Schui/Spoo 1996; Reuter 2007; Görgens 2007; Schui 2009; Bontrup 2010; Mittelbach 2013; Wehler 2013; Anselmann 2013; Berger 2014).

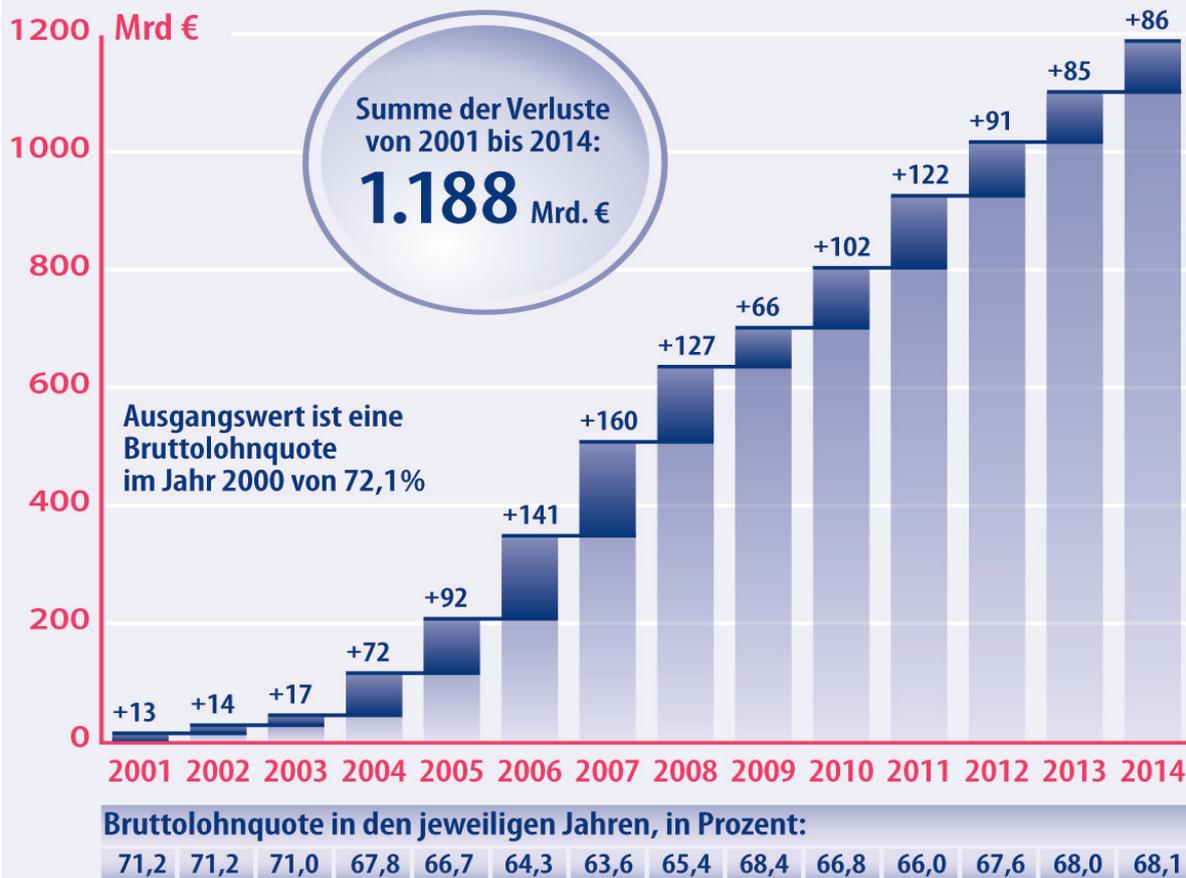
len Schuldenhöhe von 34.000 Euro verschuldet. Dies bedeutet eine *private Schuldnerquote* von fast zehn Prozent (6,7 Millionen Schuldner von 67,6 Millionen Menschen älter als 18 Jahre). Das volkswirtschaftliche Gesamtschuldenvolumen der privaten Haushalte belief sich dabei 2015 auf 228 Milliarden Euro (Creditreform Wirtschaftsforschung 2015).

Bei der Verteilung der Wertschöpfung ist es vermehrt zu einem umverteilen den „*Klassenkampf von oben*“ (Ekkehard Lieberam 2014) gekommen. Hier entscheidet, wie Wehler (2013, S. 65) zu Recht betont, die *Schlüsselrolle der Arbeitsmärkte* über die primäre Marktverteilung, wer wieviel – am Ende – von der arbeitsteilig geschaffenen Wertschöpfung erhält. Dies gilt für die funktionale Verteilung zwischen Kapital und Arbeit, als auch für die personelle Verteilung. Bei vorliegender Massenarbeitslosigkeit, also einem Überschussangebot, und zusätzlich prekarierten Arbeitsverhältnisse sowie in Folge verhandlungsschwachen Gewerkschaften (die in der EU immer mehr von konservativen und liberalen Parteien bekämpft werden (Borger/Kaufmann/Roth 2016, S. 12)) gibt es regelmäßig eine Umverteilung zu Lasten der abhängig Beschäftigten. Die Verteilungsneutralität wird verletzt.⁵ Dies zeigt die funktionale Verteilung anhand der *Bruttolohnquote*. Sie ging in Deutschland von 2000 bis 2014 von 72,1 auf 68,1 Prozent, also um 4,0 Prozentpunkte, zurück. Zwischenzeitlich, vor Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise, lag die Bruttolohnquote 2007 sogar bei nur 63,6 Prozent. Dies entsprach einem Rückgang um 8,5 Prozentpunkte (Spannagel 2015, S. 7). Auf Basis der Bruttolohnquote von 2000 in Höhe von 72,1 Prozent haben die abhängig Beschäftigten in Deutschland von 2000 bis 2014 insgesamt 1.188 Milliarden Euro an Einkommen verloren (Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2015, S. 27). Das Geld ist zu den Kapitaleinkommensempfängern umverteilt worden (vgl. die folgende Abb. Verteilungsverluste der Arbeitseinkommen).

⁵ Wäre eine *Verteilungsneutralität* gegeben, dann müssten die Zuwachsraten der Nominalarbeitsentgelte gleich groß den Zuwachsraten der Produktivität und der Inflation sein.

Verteilungsverluste der Arbeitseinkommen auf Grund sinkender Lohnquote

Summe der Verteilungsverluste von 2001 bis 2014



Quelle: Statistisches Bundesamt:
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

© ARBEITSGRUPPE
ALTERNATIVE WIRTSCHAFTSPOLITIK
MEMORANDUM 2015

Auch bei der *personellen Einkommensverteilung* kam es zu beträchtlichen Umverteilungen. Dabei nahmen auf Basis des Gini-Koeffizienten⁶ sowohl die Brutto-, also auch die Nettoeinkommensdifferenzen (nach staatlichen Abgaben und Steuern) in Deutschland zu. „Nach Angaben der OECD zeigten sich ähnliche Entwicklungen während der letzten Jahre in zahlreichen OECD-Mitgliedsstaaten, allerdings gehört *Deutschland* dabei zu jenen Ländern, in den sich die so gemessenen Nettoeinkommensdisparitäten am stärksten erhöht haben. (...) Nach OECD-Angaben nahm die am Gini-Koeffizienten gemessene Einkommensungleichheit ab Mitte der 1980er Jahre bis 2008 nur in Schweden, Neuseeland, Finnland und Israel stärker zu als in Deutschland“ (Anselmann

⁶ Der Gini-Koeffizient ist ein Konzentrationsmaß, das die Gleich- bzw. Ungleichverteilung von Merkmalen (z.B. Einkommen) angibt. Der Gini-Index wird dabei statistisch zwischen Null und Eins gemessen. Bei einer absoluten Gleichverteilung von Einkommen und Vermögen wäre der Index = Null und bei einer absoluten Ungleichverteilung entsprechend Eins.

2013, S. 70f.). Wehler bestätigt die eklatante Einkommensungleichverteilung für Deutschland schon bezogen auf das Jahr 1995. Danach erhielten 10 Prozent der Steuerpflichtigen etwa 35 Prozent des Nettogesamteinkommens, das 28-fache der untersten 10 Prozent. „An der Spitze verfügen 6,6 % über weniger als ein Viertel dieses Einkommens. Zwei Millionen reiche Steuerpflichtige lagen jenseits der sog. Reichtumsgrenze, d.h., um mehr als das Doppelte über dem durchschnittlichen Nettoeinkommen. Die reichsten 5 % besaßen sogar zusammengenommen ein Einkommen, das 95 % aller Einkommensbezieher zusammengenommen nicht erreichten. Diese ‚Superreichen‘ unter den 27.000 reichen Einkommensmillionären (ihre Zahl hat sich allein zwischen 1983 und 1997 verdreifacht) erzielten ein dreizehn Mal so hohes Einkommen wie die untersten 10 % ihrer Privilegien genossen“ (Wehler 2013, S. 69f.).

Das akkumulierte *Vermögen* ist in Deutschland dabei noch ungleicher verteilt als das Einkommen. Schon Ende der 1960er Jahre ermittelte der Ökonom Wilhelm Krelle (1968), das 1,7 Prozent aller westdeutschen Haushalte über 74 Prozent des Produktivvermögens und 35 Prozent des Gesamtvermögens verfügten. „1970 kontrollierte das oberste Dezil schon 44 % des gesamten Nettogeldvermögens, das sich in den 35 Jahren zuvor um das 15-fache gesteigert hatte. Um 2000 besaßen 5 % rund die Hälfte des gesamten Vermögens; die ärmeren 50 % dagegen besaßen 2 %. 2010 gehörten aber dem reichsten Dezil, (...) über 66 % des Geldvermögens. Bis 2010 hatte in einem drastischen *Konzentrationsprozess* das oberste Dezil also zwei Drittel des gesamten Privatvermögens an sich gebunden. Beim obersten 1 % befanden sich, dem Gipfel der Ungleichverteilung, 35,8 % des Vermögens, mehr als bei 90 % unterhalb dieser Spitzenposition. Allgemein versiebenfachte sich immerhin das Nettovermögen aller Haushalte in dem halben Jahrhundert zwischen 1950 und 2000. Die reichen Deutschen waren in der unmittelbaren Gegenwart noch nie so reich. Die Kluft zwischen ihnen und der ‚normalen‘ Bevölkerung hat sich noch nie so tief geöffnet: Hundert Milliarden standen 2012 an der Spitze von 345.000 Vermögensmillionären. Selbst während der internationalen Krise der Finanzmärkte 2008/09 ermittelte das Statistische Bundesamt den Zugang von 50.000 frisch gebackenen deutschen Einkommensmillionären“ (Wehler 2013, S. 73f.). Das DIW hat in seinem letzten Vermögensbericht auf Basis des Sozioökonomischen Panels (SOEP) ermittelt, dass sich das *Nettovermögen* der privaten Haushalte in Deutschland im Jahr 2012 auf 6,3 Billionen Euro belief. Knapp 28 Prozent der erwachsenen Bevölkerung verfügten über kein oder sogar ein negatives Vermögen. Im Durchschnitt lag das individuelle Nettovermögen 2012 bei gut 83.000 Euro. Das reichste Zehntel der Bevölkerung ab 17 Jahren besaß ein Nettovermögen von mindestens 217.000 Euro, beim reichsten Prozent waren es 817.000 Euro. Kaum verändert hat sich dabei aber zwischen 2002 und 2012 der Grad der Vermögensungleichheit. Mit einem Gini-Koeffizienten von 0,78 weist Deutschland allerdings im internationalen Vergleich ein hohes Maß an *Vermögensungleichheit* auf, und innerhalb Deutsch-

lands besteht fast 25 Jahre nach der Wiedervereinigung immer noch ein starkes Gefälle zwischen West- und Ostdeutschland. Das durchschnittliche Nettovermögen der Ostdeutschen war 2012 um mehr als die Hälfte niedriger als das der Westdeutschen (Grabka/Westermeier 2014, S. 151ff.). „Unter diesen Bedingungen“, schreibt Piketty, „ist es nahezu unvermeidlich, dass die *ererbten Vermögen* eine wesentlich größere Rolle spielen als die im Laufe eines Arbeitslebens gebildeten, und dass die Kapitalkonzentration ein derart hohes Niveau erreicht, dass sie mit dem *Leistungsprinzip* und den *Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit*, die die Basis unserer modernen, demokratischen Gesellschaften bilden, potenziell nicht mehr vereinbar ist“ (Piketty 2014a, S. 46).

3. Der deutsche Finanzsektor war kein Opfer, sondern ist Profiteur

Die ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung hat schließlich entscheidende Auswirkungen auf den *realen Wirtschaftskreislauf*. Was passiert, wenn ein zunehmender Teil der verfügbaren Einkommen nicht *konsumiert*, sondern hochkonzentriert bei Wenigen *gespart* wird? Da der Konsum ein wesentlicher Bestandteil der *effektiven Nachfrage* einer Volkswirtschaft und damit eine wichtige Determinante des realwirtschaftlichen Produktions- und Beschäftigungsniveaus ist, kommt dem *Konsum* der privaten Haushalte, insbesondere in der kurzen Frist, eine große Bedeutung zu. In der langen Frist sind jedoch die privaten *Ersparnisse und ihre Verteilung* auf die privaten Haushalte relevant. Der sich hier für eine offene Volkswirtschaft ergebende Zusammenhang impliziert, dass die Ersparnis zur Finanzierung der privatwirtschaftlichen *Investitionen* und/oder der *staatlichen Nettoneuverschuldung* und/oder der *Nettokapitalexporte* herangezogen werden kann. Übersteigen demnach die Ersparnisse die Summe der getätigten privaten Investitionen, dann muss, soll es nicht zu einer womöglich dramatischen Wirtschaftskrise kommen, der *Staat* durch Steuern und/oder Staatsverschuldung und das *Ausland* die Ersparnisse durch Importüberschüsse (=Verschuldung) die binnenwirtschaftliche Überschussersparnis abschöpfen und in Nachfrage umwandeln. Dies zeigt (ex post) der empirische Befund der deutschen Wirtschaft ab 2002 bis 2014 (vgl. Tab. 2). Die Überschüsse der privaten Haushalte und des Finanzsektors konnten nur durch Staats- und Auslandsverschuldung, sowie eine Verschuldung der nichtfinanziellen Kapitalgesellschaften kompensiert werden.

Tab. 2: **Gesamtwirtschaftliche Gläubiger-Schuldner-Positionen von 1991 bis 2014**

Gesamtwirtschaftliche Gläubiger-Schuldner-Positionen - in Mrd. EUR -						
Jahr	Private Haushalte*	Nichtfinanzielle Kapitalunternehmen	Finanzinstitute	Staat	Ausland	Saldo
1991	76,4	-65,0	9,1	-43,9	23,4	0,0
1992	79,0	-62,0	4,4	-40,3	18,9	0,0
1992	72,5	-42,2	5,1	-50,5	15,1	0,0
1994	51,8	-41,3	7,5	-44,2	26,2	0,0
1995	56,8	91,9**	3,3	-175,4	23,4	0,0
1996	61,7	-16,2	4,4	-62,8	12,9	0,0
1997	62,8	-27,4	7,9	-52,7	9,4	0,0
1998	68,0	-34,3	-2,6	-45,8	14,7	0,0
1999	69,4	-68,4	5,1	-32,2	26,1	0,0
2000	75,4	-137,3	9,2	23,3	29,4	0,0
2001	97,3	-35,9	-0,6	-64,7	3,9	0,0
2002	101,3	5,7	17,1	-82,0	-42,1	0,0
2003	125,1	-5,2	9,7	-89,1	-40,5	0,0
2004	133,4	26,1	25,3	-82,6	-102,2	0,0
2005	144,7	16,5	25,4	-74,1	-112,5	0,0
2006	136,8	13,8	37,6	-38,2	-150,0	0,0
2007	136,2	24,2	17,0	5,5***	-182,9	0,0
2008	137,0	-12,6	27,9	-1,8	-150,5	0,0
2009	151,4	42,8	26,6	-74,5	-146,3	0,0
2010	149,0	53,9	55,0	-104,8	-153,1	0,0
2011	130,7	31,5	26,0	-23,3	-164,9	0,0
2012	136,5	35,3	25,2	2,6	-199,6	0,0
2013	135,2	50,4	6,4	4,1	-196,1	0,0
2014	139,7	65,1	-1,1	18,0	-221,7	0,0
∑	2.388,4	-155,7	352,0	-1.147,4	-1.437,3	0,0
JD	99,5	-6,5	14,7	-47,8	-59,9	0,0

JD = jahresdurchschnitt, * einschließlich private Organisationen ohne Erwerbszweck und Personengesellschaften
 ** inklusive UMTS-Erlöse, *** Mehrwertsteuererhöhung um drei Prozentpunkte von 16 auf 19 Prozent
 Quelle: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Datenstand Mai 2015, eigene Berechnungen

Dabei fließt das Geld aber nicht nur in den realwirtschaftlichen Wirtschaftskreislauf zurück, sondern auch auf die *Finanzmärkte*. Dies umso mehr, als die produzierenden Unternehmen keine Nachfrage- und Profiterwartung aus realen Investitionen in Maschinen und Fabrikanlagen haben. Das bei Wenigen hochkonzentrierte und umverteilte Geld und Vermögen (vgl. Kap. 2) findet demnach nicht umfänglich den direkten Weg zurück in die produzierende und investierende Wirtschaft. So haben allein von 2002 bis 2014 selbst die produzierenden nichtfinanziellen Kapitalunternehmen in Deutschland einen *Finanzierungsüberschuss*, eine Überschussliquidität, in Höhe von 347,5 Milliarden Euro erzielt (vgl. Tab. 2), nachdem sie alle realen Investitionen getätigt, alle in den Jahren zurückzahlbare Schulden getilgt und Gewinne an die Shareholder ausgeschüttet hatten. Das dann immer noch überschüssige Geld wurde im *Finanzsektor* angelegt, wozu neben Banken auch Versicherungen und Fonds zählen. Hier soll das Geld durch Zinsen und Spekulationen mehr Geld machen $G - G'$, was natürlich nur *kurzfristig* gelingt. Langfristig muss der Mehrwert, hier der

Zins, in der realen produzierenden Wirtschaft erarbeitet werden (Marx 1894 (1974), S. 350-626). Diesen unumstößlichen ökonomischen Zusammenhang hat einmal mehr die 2007 in den USA ausgebrochene *Subprime-Krise* und ihre Ansteckung insbesondere in Europa und Deutschland überdeutlich gemacht.

Trotz allgemeiner Krise hat aber der *deutsche Finanzsektor* in Summe, entgegen vieler populistischer Aufgeregtheiten und medialer Darstellungen, von der zuvor stattgefundenen Verwertung der Überschussliquidität an den weltweiten Finanzmärkten durchaus profitiert und die Krise letztlich gut überstanden. Fakt ist: Der Finanzsektor konnte insgesamt seit der Wiedervereinigung von 1991 bis 2014 einen *Vermögenszuwachs* in Höhe von 352,0 Milliarden Euro erzielen (vgl. Tab. 2). Vor der 2007 einsetzenden Krise lag der *Vermögenszuwachs* von 1991 bis 2006 bei jahresdurchschnittlich 10,5 Milliarden Euro. Während und nach der Krise stieg dieser Überschuss von 2007 bis 2014 sogar auf 22,9 Milliarden Euro an. Selbst im schwersten Krisenjahr 2009, bei einem Rückgang des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts um 5,6 Prozent, lag der Vermögenszuwachs im deutschen Finanzsektor noch bei 26,6 Milliarden Euro. Der *Staat* musste sich dagegen allein 2009 um 74,5 Milliarden Euro und 2010 sogar um 104,8 Milliarden Euro weiter hoch verschulden und das *Ausland* in Deutschland nur in den Jahren 2009 und 2010 sogar um fast 300 Milliarden Euro (vgl. Tab. 2). Außerdem war der Finanzsektor von 1991 bis 2014, neben den privaten Haushalten, der einzige gesamtwirtschaftliche (sektorale) *Gläubiger*, wie die volkswirtschaftliche Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank zeigt (vgl. Tab. 2).⁷ Die anderen Sektoren (Nichtfinanzielle Kapitalunternehmen, Staat und das Ausland) waren dagegen alle *Schuldner*.

Hier zeigt sich empirisch das triviale ökonomische Gesetz: *Es gibt kein Vermögen ohne Schulden*. Der Saldo ist immer Null. Ohne die beiden großen Schuldner *Staat* und *Ausland* hätten in Deutschland von 1991 bis 2014 die privaten Haushalte (inkl. der Organisationen ohne Erwerbszweck und Personengesellschaften) sowie der *Finanzsektor* ihre Vermögensbestände bzw. ihren Reichtum kumuliert nicht um gut 2,7 Billionen Euro steigern können (vgl. Tab. 2). Wenn wir also sagen, Ihr müsst eure Schulden reduzieren, dann müssen wir auch sagen, dann müssen andere ihre Vermögen reduzieren, sonst geht das ökonomisch nicht. „Aber in den öffentlichen Diskursen (z.B. bezogen auf Griechenland) heißt es immer, die Griechen haben zu viele Schulden gemacht, haben schlecht gewirtschaftet, sie müssen ihre Schulden erst einmal abbauen und müssen sparen. Dabei wird aber vergessen, dass, wenn die Griechen ihre Schulden abbauen, irgendwo auch die Vermögen verschwinden bei denjeni-

⁷ „Die *Finanzierungsrechnung* ist ein geschlossenes Kreislaufsystem, daher entsprechen die Aktiva im Aggregat den Passiva. Die Transaktionen gliedern sich in Geldvermögensbildung und Außenfinanzierung, den Beständen entsprechend in Geldvermögen und Verbindlichkeiten. Dabei sind die Begriffe „Geldvermögen“ und „Verbindlichkeiten“ weit gefasst: Als Geldvermögen (finanzielle Forderungen) gelten alle Vermögensgegenstände, die auf einer *Gläubiger-Schuldner-Beziehung* beruhen, wobei der Gläubiger (Vermögen als Aktiva) einen rechtlich durchsetzbaren Anspruch gegenüber dem Schuldner (Verbindlichkeiten als Passiva) besitzt“ (Deutsche Bundesbank 2015, S. 7).

gen, die als Geldvermögensbesitzer von diesen Schuldendienst ganz gut gelebt haben und zu diesen gehören nun mal auf dem europäischen Kontinent die *Deutschen*“ (Altvater 2015, S. 5). Schuldner, wie die Griechen, können ihre Schulden aber nur durch einen *selbst erarbeiteten Überschuss* abbauen. Liegen die Schulden dabei im *Inland*, sind sie kein Problem, da sich hier sämtliche Transaktionen zu Null auflösen. Die Ausgaben und Kosten es einen sind die Einnahmen und Erträge des anderen. Nur wenn die Gläubiger Ausländer sind, geht der Schuldenabbau lediglich über *Exportüberschüsse*. Diese sind allerdings im Fall Griechenland nicht vorhanden und die Griechen können auch solche Überschüsse nicht erwirtschaften. Dagegen steht die ihnen von der EU auferlegte kontraproduktive *Austeritätspolitik* (Bontrup 2016, S. 188ff).

4. Die systemische Rolle der Banken und ihr Verwertungsdruck

Der ständige „Hunger“ des umverteilungsbedingten aufgeblähten Finanzkapitals der Vermögenden nach Verwertung, nach profitablen Anlagemöglichkeiten, hat durch die immer größer werdende Disproportion zwischen produzierender Wirtschaft und Finanzsphäre zu gefährlichen *Spekulationen* geführt, die in der Wirtschaft, verstärkt durch temporäre Überbewertungen, letztlich zu *Vermögenspreisblasen* an den Börsen aber auch bei einzelnen Vermögensgütern wie Immobilien oder Rohstoffen (u.a. Gold) führen und deren Platzen jeweils nur eine Frage der Zeit ist. Hier gelten die mahnenden Worte des britischen Ökonomen John Maynard Keynes: „Spekulanten mögen als Luftblasen auf einem steten Strom des Unternehmertums keinen Schaden anrichten. Aber die Lage wird ernst, wenn das Unternehmertum die Luftblase auf einem Strudel der Spekulation wird. Wenn die Kapitalentwicklung eines Landes das Nebenerzeugnis der Tätigkeiten eines Spielkasinos wird, wird die Arbeit voraussichtlich schlecht getan werden“ (Keynes (1936, 2009, S. 135).

Die sich umverteilungsbedingt immer mehr gravierend entwickelnde vielschichtige *Ungleichheit* beim Einkommen und Vermögen hat auch zunehmend die nützliche Rolle der *Banken*, als ein Teil des Finanzsektors, in modernen, hochgradig arbeitsteiligen Wirtschaftssystemen unterminiert. Den Banken dürfte es eigentlich in der Wirtschaft nur darum gehen, „mit Einlagen die Finanzmasse zu gewinnen, die zur *Kreditvergabe* an Unternehmen, private Haushalte und den Staat dient. Der Gewinn dieser normalen Bank ergibt sich aus der Differenz zwischen den aus den Krediten erzielten Zinsen gegenüber den an die Einleger ausbezahlten Zinsen. Die Schwerpunkte des der Gesamtwirtschaft dienenden Geschäftsmodells bilden die Verwaltung der verzinsten Einlagen, die Vergabe von Krediten an Kunden sowie eine verantwortungsvolle Vermögensbildung und Risikoabsicherung für Unternehmen, allerdings ohne den Einsatz von Zockerinstrumenten“ (Hickel 2012, S. 9). Unter dem enormen *Druck der Vermögensanleger*, die weltweit zirkulierenden immer größer werdenden gigantischen und hochkonzentrierten Finanzvermögen bzw. die Über-

schussliquidität in einem gegebenen *Wettbewerbsregime* profitabel anzulegen, gingen die Finanzmanager und Investmentbanker aber zunehmend zu *hochrisikanten Spekulationsgeschäften* und dem Einsatz von Zockerinstrumenten über.⁸ Auf einmal sprach man von „*Finanzprodukten*“, Private Equity-Fonds,⁹ Hedge-Fonds¹⁰ und Derivaten¹¹. Die Banker wurden so zu „Getriebenen“ ihrer vor allen Dingen immer *gieriger* werdenden *vermögenden Kundschaft*, die bei erfolgreicher Finanzinvestition auch bereit waren, an die Finanzjongleure im „Kasinokapitalismus“ (John Maynard Keynes) unverschämt hohe Einkommen, Prämien und Boni zu zahlen. Der Verwertungsdruck bei den Bankern war teilweise so groß, dass es sogar zu *kriminellen Handlungen* wie Insidergeschäften und Bilanzfälschungen kam. Zu nennen sind hier auch der Handel mit Ramschhypotheken, betrügerische Karussellgeschäfte und Manipulationen von Preisen und Börsengeschäften. Insgesamt mussten hier bisher die Banken weltweit zwischen 2010 und 2014 fast 220 Milliarden Euro an Strafzahlungen leisten. Davon die *Deutsche Bank* 8,2 Milliarden Euro. Für die derzeit noch laufenden 6.000 Prozesse hat die Bank weitere 4,8 Milliarden Euro zurückgestellt (Troost 2016, S. 1).

Trotzdem: Obwohl ihr individuelles Verhalten natürlich zu verurteilen ist, haben die „bösen“ Finanz- und Bankmanager, die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise nicht verursacht. Sie waren und sind nur personalisierte Instrumente im kapitalistischen System, eines heute *finanzmarktgetriebenen Kapitalismus* (Bischoff 2006 und 2015), dessen *originäre Krisen-Ursache*, wie schon ausgeführt, eine *neoliberal intendierte Umverteilung* zu den Kapitaleinkommen ist. Nur dadurch konnten sich, bei einer zusätzlich von Neoliberalen in der Politik ermöglichten Liberalisierung und Deregulierung, die flexiblen (selbst mit einem Hochfrequenzhandel ausgestatteten) Finanzmärkte an die *Spitze der Markthierarchie* setzen, gefolgt von den durch international agierende Konzerne und von diesen beherrschten *Güter- und Dienstleistungsmärkten*. Am unteren Ende der Hierarchie befinden sich die *Arbeitsmärkte*. „Dabei besteht ein entscheidender Unterschied zu den anderen Märkten: *Sozialsysteme* und *Sozi-*

⁸ Zum *Abzocken von Verbrauchern* und Testosteron-Tests bei Tradern vergleiche u.a. das Interview mit dem Börsenhändler Volker Handon, in: Frankfurter Rundschau vom 27./28. Juni 2015, S. 14. „Ich bin ein Börsenhändler. Ich stelle kein nützliches Produkt her oder biete eine hilfreiche Dienstleistung an. Ich spiele in einer virtuellen Welt mit großen Zahlen. Das ist alles“ (Handon).

⁹ *Private Equity-Fonds* sind Finanzunternehmen (Finanzinvestoren), die andere Unternehmen der produzierenden und dienstleistenden Wirtschaft ganz oder zu großen Anteilen aufkaufen, für eine befristete Zeit aktiv managen und dann wieder – mit möglichst hohem Gewinn – verkaufen.

¹⁰ Als *Hedgefonds* werden Finanzinvestoren bezeichnet, die ihre Geldmittel überwiegend von sehr reichen Personen oder auch von Banken (zum Teil auch von Versicherungen) erhalten und durch in der Regel hochriskante Spekulationen für ihre Anleger hohe Kapitalrenditen oder auch große Verluste realisieren.

¹¹ *Derivate* gründen sich auf Termingeschäfte, beziehen sich also auf Einkommen und/oder Finanzvermögen in der Zukunft. Sie sind von ihnen abgeleitet (lateinisch: *derivatum*). Der Käufer eines Derivats schließt keinen Vertrag über ein Geschäft in der Zukunft, sondern er kauft einen Anspruch für die Zukunft – und kann diesen Anspruch vor Fälligkeit auch weiterveräußern.

alstaat unterliegen selbst in der hochintegrierten EU noch nationalen Grenzen, und die Arbeitsmärkte sind daher nicht so globalisiert wie die Finanz- und Produktmärkte“ (Alt Vater 2016, S. 88). Dadurch können die Finanzmärkte ständig Anpassungen auf den Produkt- und insbesondere den Arbeitsmärkten erzwingen, die letztlich durch Lohnsenkungen sowie verschlechterte (prekarierte) Arbeitsbedingungen (Sperber/Walwei 2015) gekennzeichnet sind und damit wiederum den Nährboden für die beschriebene Umverteilung zu Gunsten des Kapitals bilden.

5. Deutsche Banken kamen gut durch die Krise – dennoch gibt es Probleme

Trotz der insgesamt pervertierten wirtschaftlichen Entwicklung ist bisher das *deutsche Bankensystem*, wie der Finanzsektor insgesamt (das gilt auch für die zum Finanzsektor zählenden *Versicherungsgesellschaften*), gut durch die Krise gekommen – sieht man hier von einzelnen Banken wie den *öffentlichen Landesbanken*,¹² der *Commerzbank*, der *Deutschen Bank*¹³ sowie insbesondere der *Hypo Real Estate* und der *IKB Deutsche Industriebank*¹⁴ einmal ab. Die *Sparkassen* und *Volksbanken* haben dagegen gut die Krise gemeistert. Dennoch ist zu konstatieren, dass die *Europäische Zentralbank (EZB)*, wie auch andere Notenbanken weltweit, auf die schwere Krise mit extrem starken *geldpolitischen Lockerungen* reagieren mussten. „Ziel dieser Politik ist es vor allem, den Bankensektor mit ausreichend *Liquidität* zu versorgen. Tatsächlich hatte die internationale Finanzkrise nicht nur das Vertrauen der Anleger und Anlegerinnen, sondern auch das *Vertrauen zwischen den Kreditinstituten* im Gefolge der Krise in mehreren Schritten kräftig erschüttert. Die EZB reagierte darauf ihrerseits mit massiven und schrittweisen *Zinssenkungen* und verbilligte das Zentralbankgeld. So nahm und nimmt sie ihre Funktion als ‚Lender of last Resort‘ ernst. Ohne diese stabilisierenden Maßnahmen wäre mit großer Wahrscheinlichkeit ein *tiefgreifender Bankencrash* auch in Deutschland nicht zu verhindern gewesen“ (Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2014, S. 123f.). Trotzdem scheitert die Geldpolitik der EZB an der klassischen *keynesianischen Liquiditätsfalle*. So erhöht die *Leitzinssenkung der EZB* auf fast null (0,05 Prozent und Strafzinsen von 0,3 Prozent für Einlagen der Geschäftsbanken bei der EZB) zwar das *Geldangebot*, dies wird aber nicht entsprechend

¹² Hier sind insbesondere die *WestLB*, die *Bayerische Landesbank*, die *SachsenLB* und die *HSB Nordbank* zu erwähnen. Zur letzteren vgl. ausführlich: (Bischoff, J./Hackbusch, N./Radke, B./Weber, N., 2016)

¹³ Im Jahr 2015 musste die schwer angeschlagene *Deutsche Bank* einen Verlust in Höhe von 6,7 Milliarden Euro hinnehmen (Sievers 2016, S. 13, vgl. auch Luttmer 2016, S. 2f.).

¹⁴ Mit der Pleite der IKB war die Finanzkrise in Deutschland angekommen. Ende Juli 2007 meldete die Bank eine Existenz bedrohende Schieflage an. Und im August 2007 war die später erloschene öffentlich-rechtliche Sachsen LB faktisch pleite. Nur durch eine erhöhte Kreditlinie der Sparkassenorganisation sowie durch eine spätere Übernahme durch die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW), die dann auch in große Schwierigkeiten kam, konnte die Sachsen LB vor einer förmlichen Insolvenz gerettet werden. Dazu trug eine Bürgschaft des Landes Sachsen über 2,75 Milliarden Euro bei.

über eine *Geldnachfrage* absorbiert. Der Zins ist hier als Regler zwischen Geldangebot und -nachfrage völlig *elastisch*. Das heißt, das gesamte zusätzliche Geldangebot wird von der Liquiditätsfalle absorbiert, weil der bei einer Vermögensanlage zu erzielende Zins den Anlegern als zu gering erscheint. „Bei dieser sehr niedrigen Höhe des Zinssatzes rechnen kaum noch ein Wirtschaftssubjekt mit weiteren Kursteigerungen der Wertpapiere. In einer solchen Situation ist niemand mehr bereit, Wertpapiere zu kaufen, sondern alle Wirtschaftssubjekte halten Geld, weil sie auf einen Kursrückgang spekulieren. Die Nachfrage nach Spekulationskasse wird *unendlich zinselastisch*“ (Hardes/Mertes 1997, S. 364).

Bei einem erhöhten Geldangebot durch die EZB und einem gesenkten Zinssatz kommt es aber nach Keynes zu einer Ausweitung der Transaktionskasse und damit zu vermehrten *Sachinvestitionen* und *Konsum*, so dass das Sozialprodukt (Volkseinkommen) und die Beschäftigung steigen. Diese „Keynes-Hydraulik“ und seine Wirkung werden aber heute bestritten. Die Kreditabhängigkeit der produzierenden Wirtschaft von der über Banken vermittelten Fremdfinanzierung von Investitionen ist stark geschrumpft. Dies belegt in der Tat empirisch die schon gezeigte und seit 2002 bestehende *Überschussliquidität* bei den Nichtfinanziellen Kapitalunternehmen in Deutschland in Höhe von 347,5 Milliarden Euro bis 2014 (vgl. Tab. 2). Die Banken selbst sind aber auch bei der *Kreditvergabe* (auch wegen Basel III) und strengerer Kontrollen durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) restriktiver geworden und die heutigen produktionsinduzierten Investitionsentscheidungen sind kaum noch abhängig von der *Höhe der Bankenzinsen*, sondern viel mehr von der durch die realwirtschaftliche Investition erwartete *profitable Nachfrageentwicklung* und Wettbewerbssituation an den Güter- und Dienstleistungsmärkten.

Insbesondere bleibt aber die Nachfrageentwicklung in der Situation einer Liquiditätsfalle aus, weil die gesamtwirtschaftliche Ersparnis wesentlich größer ausfällt als die Sachinvestitionen. „Billiges Geld fließt nicht in die Finanzierung von Investitionen, sondern bleibt mangels effektiver Nachfrage in der Liquiditätskasse hängen. So bunkerten die DAX-Unternehmen im Jahr 2015 mit 207 Milliarden Euro so viel Bargeld wie noch nie“ (Hickel 2016, S. 2). In Folge kann die deflatorische (gesamtwirtschaftliche) Lücke zwischen Angebot und Nachfrage nicht geschlossen werden und die zinspolitische Steuerung der EZB versagt, obwohl sie sich mit der Politik des „billigen“ Geldes vollkommen richtig verhält. Die Wirtschaft dümpelt dann in einer gefährlichen *Deflationsfalle*, in der die Preise auf breiter Front verfallen, die Unternehmen Umsatzrückgänge verzeichnen und mit *Kostensenkungen* (insbesondere bei den Personalkosten) reagieren. Dadurch wird schließlich ein sich verstärkender Einkommens- und Nachfrage- sowie Beschäftigungsrückgang mit steigender Arbeitslosigkeit ausgelöst. Allein schafft es die EZB nicht, aus der Krise herauszuführen. Sie muss in ihrer „geldpolitischen Ohnmacht“ durch eine *aktive, staatlich expansive Fis-*

kalpolitik unterstützt werden, um schließlich die deflatorische Lücke mit kreditfinanzierten Staatsausgaben (durch ein deficit spending) und entsprechenden Multiplikatorwirkungen¹⁵ auf das Wirtschaftswachstum zu schließen. Dagegen stehen aber heute der in der EU und ihren Mitgliedsländern praktizierte *Fiskalpakt* und Schuldenbremsen (Bajor 2016) sowie eine dezidierte falsche neoliberale staatliche Austeritätspolitik. Nur wenn es zu einem EU-weiten und koordinierten staatlichen Investitionsprogramm kommt, kann auch die expansive Geldpolitik Erfolg haben.

Die herrschende neoliberale Politik in der EU will aber, wegen der nicht gewollten Staatsverschuldung, weder eine kreditfinanzierte expansive Fiskalpolitik noch ist sie bereit die durch die Geldpolitik herbeigeführten *Niedrigzinsen* zu akzeptieren – obwohl die Niedrigzinspolitik direkte Vorteile für alle *Schuldner* impliziert, wie insbesondere für den sich in der Krise verschuldenden Staat. Alle Schuldner müssen weniger Zinsen für ihre Kredite zahlen und erhöhen dadurch ihre Ausgaben- und Anlagemöglichkeiten. Baugeld war z.B. noch nie so billig zu haben wie heute. Für die *Gläubiger* (Geldvermögenseigentümer) gibt es jedoch durch die Niedrigzinsen Nachteile. Hier kommt es womöglich durch Inflation und Steuerzahlungen auf die erlösten Brutto-Nominalzinsen zu *realen Geldvermögensverlusten*. Von den niedrigen Zinsen negativ betroffen sind dabei insbesondere auch Lebensversicherungen und die private (kapitalgedeckte) Altersvorsorge. Der EZB wird hier böswillig unterstellt, sie betreibe eine *Enteignung* auf den Rücken der Sparer. Die entstehenden *Opportunitätskosten* einer durch die EZB über eine expansive Geldpolitik nicht bekämpften Rezession und Deflation wären aber durch Wachstums-, Einkommens- und Arbeitsplatzverluste weitaus größer. Auch wird von den Kritikern nicht gesehen, dass Zinsen nur aus der in der produzierenden Wirtschaft geschaffenen *Wertschöpfung* an die Geldvermögensbesitzer gezahlt werden können, wofür sie übrigens selbst durch *eigene Arbeit* nichts mehr beigetragen haben. Bleibt aber die Wertschöpfung in einer Krise aus, dann können eben auch keine Zinsen gezahlt werden, für die es außerdem keinen wirtschaftlichen risikolosen Anspruch gibt. Dies ist zwar ökonomisch trivial, wird aber bei aller Interessenborniertheit von den Geldeigentümern nicht gesehen bzw. anerkannt. Und es kommt noch etwas Entscheidendes hinzu: Auf dem Höhepunkt der sogenannten Finanzkrise 2009 ist es nicht zu einer gezielten zur Krisenbereinigung aber notwendigen *Kapitalvernichtung* durch einen Kapitalschnitt gekommen. Die Krisenlasten wurden vielmehr fast sämtlich (weltweit) den öffentlichen Haushalten aufgebürdet und es kam in Folge zu einem enormen Anstieg der *Staatsverschuldung*. So liegt heute (2015) der Schuldenstand der Staaten in

¹⁵ Der Multiplikator zeigt den Anstieg des Sozialprodukts (Volkseinkommens) bei einer autonomen Erhöhung von Ausgaben wie Staatsausgaben oder vermehrten Investitionen sowie von zusätzlichen Konsumausgaben. Die multiplikative Wirkung hängt dabei von der Höhe der marginalen Konsum- bzw. Sparquote ab. Liegt z.B. die marginale Sparquote bei 0,1, so ist der Multiplikatoreffekt auf das Sozialprodukt gleich dem Faktor zehn. Das heißt, erhöhen sich die Staatsausgaben um zehn Millionen Euro, so steigt das Sozialprodukt um 100 Millionen Euro (10 x 10 Millionen Euro).

Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts in der Eurozone bei 94,0 Prozent und in der EU 28 bei 87,8 Prozent (Deutschland 71,4 Prozent). Griechenland, mit dem höchsten Schuldenstand in der EU, kommt sogar auf 194,8 Prozent (Statistisches Bundesamt 2016, S. 24 und 25). Erlaubt sind gemäß Fiskalpakt aber nur 60 Prozent. Zur Entwicklung der Staatsschulden von 2005 bis 2015 in den einzelnen EU-Staaten vergleiche die folgende Tab. 3. Demnach hat hier Griechenland nicht nur den höchsten Schuldenstand, sondern auch mit 94,9 Prozentpunkten den größten Zuwachs an Staatschulden zu verzeichnen.

Tab. 3: Staatliche Schuldenstände in der EU in Prozent des Bruttoinlandsprodukts

Staatliche Schuldenstände in der EU in Prozent vom Bruttoinlandsprodukt									
	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2014	2015	Veränderung 2005 bis 2015 in Prozentpunkten
Belgien*	92,0	88,0	84,1	89,3	95,9	96,2	106,7	106,7	14,7
Bulgarien	27,5	21,6	17,2	13,7	14,6	16,3	27,0	31,8	4,3
Dänemark	37,8	32,1	27,5	34,5	41,8	43,7	45,1	40,2	2,4
Deutschland*	68,6	68,1	65,2	66,7	74,4	83,2	74,9	71,4	2,8
Estland*	4,6	4,4	3,7	4,5	7,2	6,7	10,4	10,0	5,4
Finnland*	41,7	39,6	35,2	33,9	43,3	48,3	59,3	62,5	20,8
Frankreich*	66,4	63,7	64,2	68,2	79,0	82,3	95,6	96,5	30,1
Griechenland*	100,0	106,1	107,4	113,0	129,3	144,9	178,6	194,8	94,8
Irland*	27,2	24,7	24,8	44,2	65,2	92,5	99,8	107,5	80,3
Italien*	105,4	106,1	103,1	105,8	115,5	118,4	132,3	133,0	27,6
Lettland*	12,5	10,7	9,0	19,8	36,7	44,7	40,6	38,3	25,8
Litauen*	18,3	17,9	16,8	15,5	29,4	38,0	40,7	42,9	24,6
Luxemburg*	6,1	6,7	6,7	13,7	14,8	19,1	23,0	22,3	16,2
Malta*	69,7	64,1	62,1	62,2	67,8	69,0	68,3	65,9	-3,8
Niederlande*	51,8	47,4	45,3	58,5	60,8	62,9	68,2	68,6	16,8
Österreich*	64,2	62,3	60,2	63,8	69,5	71,8	84,2	86,6	22,4
Polen	47,1	47,7	45,0	47,1	50,9	54,9	50,4	51,4	4,3
Portugal*	62,8	63,9	68,3	71,6	83,0	93,3	130,2	128,2	65,4
Rumänien	15,8	12,4	12,8	13,4	23,6	31,0	39,9	39,4	23,6
Schweden	50,4	45,0	40,2	38,8	42,7	39,7	44,9	44,7	-5,7
Slowakei*	34,2	30,5	29,6	27,8	35,5	41,0	53,5	52,7	18,5
Slowenien*	26,7	26,4	23,1	21,9	35,3	38,8	80,8	84,2	57,5
Spanien*	43,1	39,6	36,2	40,1	53,8	61,0	99,3	100,8	57,7
Tschechische Republik	28,4	28,3	27,9	28,7	34,4	37,6	42,7	41	12,6
Ungarn	61,7	65,9	67,0	72,9	79,7	81,3	76,2	75,8	14,1
Großbritannien	42,5	43,4	44,4	54,8	69,6	79,9	108,2	106,7	64,2
Zypern*	69,4	64,7	58,8	48,9	58,5	61,5	108,2	106,7	37,3
Kroatien	Mitglied in der EU erst seit dem 1. Juli 2013						85,1	89,2	4,1
Die Länder mit einem * gehören zur Eurozone									
Quelle: Eurostat									

Somit ist völlig klar, dass durch die Verbuchung der Krisenlasten auf die Konten der Staatsverschuldung der nicht vorgenommene (gezielte) Kapitalschnitt bei den wirklichen Geldvermögenden jetzt in der nicht gelösten, sondern nur verlängerten und immer mehr sich verschärfenden *EU-Krise* einen quasi *atomisierten Kapitalschnitt* bei allen Geldeigentümern verlangt – auch bei den kleinen Sparern und den Anlagen für die private Altersvorsorge.

Dies alles geht natürlich auch nicht an den *Versicherungsgesellschaften* spurlos vorbei. Als Folge der *Niedrigzinspolitik* wird der Abstand zwischen dem Ga-

rantieverprechen der Versicherungen gegenüber den Lebensversicherungskunden einerseits und den Erträgen der Versicherer aus ihren Kapitalanlagen andererseits immer größer. Jedes zweite Versicherungsunternehmen, stöhnt die Assekuranz-Branche, müsse mittlerweile Geld aus anderen Versicherungszweigen abziehen, und die Lebensversicherungssparte quersubventionieren. Und der *Internationale Währungsfonds (IWF)* warnt die EZB bezüglich ihrer Politik des „billigen“ Geldes auch im Hinblick auf eine „Ansteckungsgefahr“ für die *Banken*, denn beide Branchen sind eng miteinander verknüpft. Die Versicherer legen das Geld der Kunden am Finanzmarkt über den Bankensektor an. Im Jahr 2014 waren das nach Angaben des Branchenverbandes (GDV) 1,45 Billionen Euro, mehr als 800 Milliarden Euro (rund 57 Prozent) kamen davon aus dem Lebensversicherungsbereich (Mathes 2015, S. 12).

Und wie waren die Auswirkungen auf den deutschen *Bankensektor*? Dieser konnte sogar noch leicht wachsen. Vor der Krise, bis 2007, lag die akkumulierte Kapitalsumme aller Banken bei 8.159 Milliarden Euro und 2014 bei 8.243 Milliarden Euro. Dies ist eine Steigerung um 1,0 Prozent. Bei ständig erhöhtem Gesamtkapitaleinsatz ging jedoch die Zahl der Kreditinstitute seit 2000 von 2.733 auf 1.809 (2014) um 33,8 Prozent stark zurück. Auch die Zahl der Zweistellen schrumpfte um 15,0 Prozent. Folglich wurden die einzelnen verbliebenden Banken immer größer. Mit der sinkenden Zahl der Kreditinstitute ging auch ein deutlicher *Personalabbau* einher. Ende 2014 wurden noch 622.250 Beschäftigte im Bankenbereich gezählt.¹⁶ Das waren 111.550 oder 15,2 Prozent weniger als im Jahr 2000. Der *Personalaufwand* konnte dadurch fast konstant gehalten werden. Hier kam es zwischen 2000 und 2014 lediglich zu einer Erhöhung um 1,2 Milliarden Euro oder um 2,9 Prozent von 42,0 auf 43,2 Milliarden Euro. Die Arbeitskosten je Beschäftigten (Bruttogehälter inkl. Unternehmerbeiträge zur Sozialversicherung) stiegen dagegen von 57.236 auf 69.425 Euro um 21,3 Prozent (vgl. Tab. 4).

¹⁶ 57 Prozent davon sind Frauen. Trotzdem lag Ende 2013 der Frauenanteil in den Vorständen deutscher Banken bei gerade einmal 6 Prozent „Besonders negativ fallen dabei die öffentlich-rechtlichen Banken auf – hier liegt der Frauenanteil in den Vorständen sogar noch unter diesem Wert“ (Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik 2014, S. 131).

Tab. 4: **Strukturdaten Bankensektor Deutschland**

Strukturdaten Bankensektor Deutschland					
Jahr	Anzahl Banken	Anzahl Zweistellen	Beschäftigte	Personalaufwand in Mio. EUR	Arbeitskosten je Beschäftigten in EUR
2000	2.733	39.617	733.800	42.000	57.236
2001	2.518	37.585	728.950	43.000	58.989
2002	2.418	35.340	710.650	41.600	58.538
2003	2.294	33.753	690.350	41.600	60.259
2004	2.229	42.659	678.800	41.200	60.695
2005	2.169	41.394	672.500	43.400	64.535
2006	2.042	38.487	662.200	46.000	69.465
2007	2.012	37.976	662.650	44.600	67.306
2008	1.970	37.659	657.850	42.000	63.844
2009	1.935	36.927	646.650	45.000	69.589
2010	1.920	36.463	642.050	42.300	65.883
2011	1.899	36.027	637.700	41.700	65.391
2012	1.869	34.571	633.650	43.800	69.123
2013	1.844	34.531	630.350	43.100	68.375
2014	1.809	33.666	622.250	43.200	69.425
Absolut	-924	-5.951	-111.550	1.200	12.189
in v.H.	-33,8	-15,0	-15,2	2,9	21,3
2000 - 2014					

Quelle: Deutsche Bundesbank, Diverse Jg., September Monatsberichte, eigene Berechnungen

Tab. 5: **Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag vor Ertragssteuern der deutschen Banken**

Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag vor Ertragssteuern der deutschen Banken (in Mio. EUR)									
Jahr	Alle Banken- gruppen*	Kredit- banken	davon: Großbanken	Landes- banken	Sparkassen	Kredit- genossen- schaften	Genossen- schaftliche Centralbanken	Realkredit- institute	Banken mit Sonder- aufgaben
2000	19.324	6.411	3.181	2.843	5.032	2.094	835	744	1.335
2001	14.022	4.251	2.951	1.837	3.649	1.888	302	1.184	941
2002	10.920	909	-1.931	1.302	3.427	2.517	309	1.285	1.171
2003	1.823	-5.688	-7.315	-2.233	4.756	2.923	49	830	1.186
2004	10.372	-342	-2.067	472	4.400	2.977	220	566	2.079
2005	33.242	17.948	14.867	3.030	4.927	4.156	406	160	2.615
2006	27.597	10.144	7.520	6.014	4.421	3.614	382	568	2.454
2007	20.531	18.726	15.290	788	3.759	2.880	-375	375	-5.622
2008	-25.014	-16.420	-17.833	-6.051	2.161	2.039	-416	-2.913	-3.414
2009	-3.487	-6.474	-6.691	-5.913	4.710	3.404	696	-1.419	1.509
2010	17.785	3.339	2.039	-929	6.586	4.789	614	-86	3.472
2011	30.500	2.173	-94	72	16.760	6.981	1.210	-307	3.575
2012	30.159	8.125	5.138	2.296	9.460	7.411	607	97	2.163
2013	21.513	6.305	3.551	-479	8.601	7.650	535	117	-1.216
2014	24.242	6.587	3.659	-368	8.652	6.987	599	-166	1.951
∑	233.529	55.994	22.265	2.681	91.301	62.310	5.973	1.035	14.199
JD	15.569	3.733	1.484	179	6.087	4.154	398	69	947

JD = Jahresdurchschnitt,

Quelle: Deutsche Bundesbank, Diverse Monatsberichte September, eigene Berechnungen

In Summe erwirtschafteten die deutschen Banken von 2000 bis 2014 einen *Jahresüberschuss vor Ertragssteuern* in Höhe von gut 233,5 Milliarden Euro. Jahresdurchschnittlich waren dies 15,5 Milliarden Euro. Von den 233,5 Milliarden Euro Gewinn entfielen 162,3 Milliarden Euro oder 69,5 Prozent auf Sparkassen, Volksbanken, Landesbanken und Genossenschaftliche Zentralbanken. Lediglich in den Jahren 2008 und 2009 musste der gesamte Bankensektor *Verluste* in Höhe von insgesamt 28,4 Milliarden Euro hinnehmen. Im Jahr 2010 konnten aber bereits wieder beträchtliche Gewinne in Höhe von 17,8 Milliarden Euro und 2011 sogar 30,5 Milliarden Euro eingefahren werden. Eine differenzierte Analyse nach *Bankenarten* zeigt, dass dabei die *Sparkassen* und die *Volksbanken* in Summe in keinem Jahr Verluste geschrieben haben. Selbst 2009 nicht (vgl. Tab. 5). Das einmalige deutsche „Drei-Säulen-Modell“ aus Privatbanken, Öffentlich-rechtlichen Banken und Genossenschaftsbanken,¹⁷ das Neoliberale aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft noch vor der großen Krise in ihrem Privatisierungs- und Wettbewerbswahn zerschlagen wollten, erwies sich in der Finanzkrise als ein großer Segen. Dies musste selbst Ex-Bundesbank-Chef Axel Weber zugeben (zitiert bei Hickel 2013, S. 92).

6. Trotz niedriger Eigenkapitalquoten keine hohen Eigenkapitalrentabilitäten

Banken arbeiten, wie andere Unternehmen auch, nicht nur mit Eigenkapital, sondern ebenso mit *Fremdkapital*, insbesondere mit den Einlagen ihrer Kunden. Die *Eigenkapitalquote* ist hier bei Banken traditionell sehr gering. 2007, vor der Krise, lag das bilanzielle Eigenkapital (einschl. Fonds für allgemeine Bankrisiken, jedoch ohne Genussrechtskapital¹⁸) bei 312,0 Milliarden Euro oder 3,8 Prozent bezogen auf den Gesamtkapitaleinsatz (Bilanzsumme). Von 2008 bis 2014 konnte das Eigenkapital um 116,0 Milliarden Euro (37,2 Prozent) auf 428,0 Milliarden Euro gesteigert werden. Trotzdem war die *Eigenkapitalquote* weiter gering und lag bei nur 5,2 Prozent (Deutsche Bundesbank, Monatsbericht 9/2015, S. 59). Das heißt im Umkehrschluss, ca. 95 Prozent des Gesamtkapitaleinsatzes im deutschen Bankensystem sind fremdfinanziert. Bezogen auf alle Unternehmen in Deutschland lag dagegen 2013 die Fremdfinanzierungsquote bei 72 Prozent (Institut der deutschen Wirtschaft 2015, S. 53).

¹⁷ Öffentlich-rechtliche Banken und Genossenschaftsbanken haben in Deutschland einen Marktanteil von 41 Prozent .

¹⁸ Genussrechtskapital besteht aus Inhaber-, Namens- oder Orderpapieren, das in verschiedenen Formen Rechte verbrieft, z.B. einen bestimmten Anteil am Gewinn eines Unternehmens oder auch am Liquidationserlös.

Tab. 6: **Eigenkapitalrentabilitäten einzelner Bankengruppen in Deutschland**

Eigenkapitalrentabilitäten** einzelner Bankengruppen in Deutschland (in v.H.)															
Bankengruppe	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Alle Bankengruppen	9,3	6,2	4,5	0,7	4,2	13,0	9,4	6,6	-7,7	-0,8	5,2	8,4	7,8	5,3	5,7
Kreditbanken	8,2	4,7	1,0	-6,2	-0,4	21,8	11,2	19,1	-15,5	-5,8	3,0	1,8	6,6	5,0	4,8
Darunter: Großbanken und	6,3	5,0	-3,1	-12,9	-4,0	31,7	14,0	26,0	-25,3	-9,1	2,9	-0,1	6,7	4,6	4,3
Regionalbanken und sonstige Kreditbanken	11,6	4,1	9,0	4,5	5,7	8,6	7,0	8,5	3,8	0,1	2,8	4,8	6,1	5,3	5,2
Landesbanken	8,1	4,8	2,8	-4,3	1,1	6,4	11,4	1,5	-11,1	-8,2	-1,5	0,1	3,9	-0,8	-0,6
Sparkassen	13,4	9,2	8,2	10,9	9,7	10,5	9,0	7,2	4,0	8,5	11,4	27,4	13,0	10,6	10,0
Kreditgenossenschaften (Volksbanken)	8,6	7,5	9,7	10,6	10,3	13,8	10,9	8,1	5,5	9,0	12,1	16,4	15,7	14,8	12,2
Genossenschaftliche Zentralbanken	13,0	4,4	4,6	0,7	2,9	5,3	4,5	-4,0	-4,4	7,2	5,8	10,3	4,9	4,1	4,2
Realkreditinstitute	5,9	12,2	9,1	5,3	3,3	0,9	2,8	1,9	-15,5	-8,3	-0,5	-1,7	0,6	0,7	-1,0
Zum Vergleich:															
Eigenkapitalrentabilität aller Unternehmen in Deutschland	26,3	25,9	22,4	21,2	22,9	25,2	27,3	28,8	20,6	14,8	19,8	19,4	18,6	17,2	kA
JD = Jahresdurchschnitt, ** Eigenkapitalrentabilität = Jahresüberschuss/Fehlbetrag vor Steuern : Eigenkapital x 100 * ohne Bausparkassen, ohne Institute in Liquidation sowie ohne Institute mit Rumpfgeschäftsjahr															
Quelle: Deutsche Bundesbank, Diverse Monatsberichte September, eigene Berechnungen															

Die niedrige Eigenkapitalquote eröffnet den Banken aber potenziell die Möglichkeit, hohe *Eigenkapitalrenditen* zu erzielen. Dies ist aber – von Ausnahmen abgesehen – nicht der Fall. Die Verzinsung des eingesetzten Eigenkapitals der deutschen Banken liegt im Durchschnitt weit unter den *Renditen des gesamten Unternehmenssektors* in Deutschland. Schwanken die Eigenkapitalrenditen im Bankendurchschnitt zwischen 13,0 Prozent (2005) und -7,7 Prozent (2008) so liegen die Renditen auf das eingesetzte Eigenkapital aller Unternehmen in Deutschland im Durchschnitt zwischen 28,8 (2007) und 14,8 Prozent (2009). Dies erstaunt nicht. Gewinne der Finanzsphäre können sich nun einmal immer nur aus der *produzierenden Wirtschaft* speisen und fallen deshalb natürlich regelmäßig geringer aus (vgl. Tab. 6).

Außerdem sind die Eigenkapitalrentabilitäten in den einzelnen Bankengruppen stark unterschiedlich hoch. Die größten Renditen erzielten kurzfristig von 2005 bis 2007 (vor der Finanzkrise) die *Großbanken* mit bis zu 31,7 Prozent. Hier konnten die Banken auf Grund ihrer hochriskanten Spekulationsgeschäfte die Renditen der produzierenden Wirtschaft erreichen. Für diese Zeit steht die viel gescholtene Forderung des ehemaligen Vorstandssprechers der Deutschen Bank, Josef Ackermann, nach einer Eigenkapitalrendite von 25 Prozent. Im Jahr 2008 erfolgte dann bei den Großbanken der Absturz auf eine negative Eigenkapitalrentabilität in Höhe von -25,3 Prozent. Heute muss man sich mit Renditen von unter fünf Prozent begnügen. Wesentlich besser schneiden hier

fast durchgängig die *Sparkassen* und *Volksbanken* ab. Sie überstanden nicht nur die Krise bestens, sondern hier liegen die Eigenkapitalrenditen fast immer im zweistelligen Bereich. Im Jahr 2011 wurden sogar Spitzenwerte von 27,4 Prozent (Sparkassen) und 16,4 Prozent (Volksbanken) erzielt (vgl. Tab. 6). Hier zeigt sich: Banken, wie die Sparkassen und Volksbanken, die nicht hochspekulativ (weltweit) zocken und weitgehend regionalökonomisch eingebunden sind sowie über eine das Risiko einschätzbare (bekannte) Kundschaft verfügen (private Haushalte und Firmen), können auch ohne Probleme eine insgesamt gefährliche internationale Finanz- und Bankenkrise überstehen und mehr als auskömmliche gute Renditen realisieren.

7. Notwendige Bankenregulierung

Trotzdem muss es wegen der hohen „*Ansteckungsgefahr*“ und der bisherigen „*Steuerzahlerhaftung*“ für die eingetretenen Verluste (allein für die *Hypo-Real-Estate* musste der Staat 120 Milliarden Euro aufbringen) zu einer grundlegenden *Reform des Bankensystems* in Deutschland und Europa durch eine *demokratische Einbettung* der Geldinstitute in ihr ökonomisches und gesellschaftliches Umfeld kommen. Seit der Finanz- und Wirtschaftskrise ist hier auf dem Gebiet der Bankenregulierung auch schon einiges passiert. So kam es trotz vielfältiger Interessenwiderstände zur *europäischen Bankenunion*, die auf drei wesentlichen Säulen basiert: Die erste Säule beinhaltet die *staatliche Aufsicht* über 128 europäische (systemrelevante) Banken durch die EZB. Die zweite Säule besteht aus einem komplexen *Sanierungs- und Abwicklungsmechanismus* mit einheitlichen Regeln zur Abwicklung von insolvenzgefährdeten Banken sowie einem von den Banken zu finanzierenden sich sukzessive aufbauenden Abwicklungsfonds (Bankenabgabe) mit einem Zielvolumen von 55 Milliarden Euro. Und die dritte Säule garantiert EU-weit durch ein *Einlagensicherungssystem* den Einlegern mindestens 100.000 Euro ihrer *Einlagen* bei einer Bank. Ob dies alles allerdings ausreicht, um die Aussage der deutschen Bundeskanzlerin, Angela Merkel, „*Nie wieder wird es notwendig sein, dass Steuerzahler dafür eintreten müssen, dass große Banken zusammenbrechen*“, auch Realität werden zu lassen, muss dann doch eher bezweifelt werden.

So reicht die im Kontext der Bankenregulierung ebenso beschlossene sukzessive Erhöhung der *Eigenkapitalquoten* bei Banken auf rund 10 Prozent bis 2019 zur Absicherung auftretender Verluste als Eigentümerhaftung am Ende womöglich doch nicht aus. Auch der ab 2019 für sogenannte „*systemrelevante Banken*“ vorgesehene Zuschlag mit 1,5 - 2,5 Prozentpunkte wirkt da nicht viel beruhigender. Als einen Konstruktionsfehler muss man auch die der EZB übertragene *europäische Bankenaufsicht* einstufen. Die EZB ist für die Geldpolitik und Finanzmarktstabilität zuständig. Hier kann es zu Interessenkonflikten bei der Abwicklung einer Pleite gegangener Großbank kommen, die womöglich die Finanzmarktstabilität angreift. Hinzu kommt, dass die EZB nur für die 128

Banken in den Euroländern zuständig ist und damit nicht für den bedeutenden *Finanzplatz London* mit seinen mächtigen und systemrelevanten Großbanken. Nicht umgesetzt wurde und wird auch die wichtige Forderung nach einem strikten *Trennbankensystem*. Um die *hochspekulativen Bankgeschäfte* mit „Zockerpapieren“, jene „Massenvernichtungswaffen“, von denen Warren Buffett, einer der größten Spekulanten und reichsten Männer der Welt, spricht, in den Griff zu bekommen, müsste das spekulative *Investmentbanking* organisatorisch und rechtlich vom realen Bankgeschäft getrennt werden – so wie man in der Energiewirtschaft die Erzeugung vom Netzbetrieb getrennt hat. Außerdem hätte festgelegt werden müssen, dass der *Eigenhandel* von Banken streng durch eine Bankenaufsicht zu überwachen ist. Und ein „Finanz-TÜV“ müsste vor Genehmigung sämtlicher von Banken ausgegebener sogenannter „Finanzprodukte“ diese auf ihre Risiken und volkswirtschaftliche Nützlichkeit überprüfen. Zudem müssten die Banken verpflichtet werden ihre in den Bilanzen verschleierte und in Zweckgesellschaften oder „*Bad Banks*“ ausgegliederten Verluste schonungslos offenzulegen und diese sukzessive gegen ihre Gewinne in den „*Good Banks*“ zu verrechnen. Reicht dabei die heutige niedrige *Eigenkapitalbasis* nicht aus, was hochwahrscheinlich ist, dann müssen im Zuge einer Eigentümerhaftung die erzielten Bank-Gewinne solange zu 100 Prozent thesauriert werden, bis eine Deckung der notwendigen Wertberichtigungen erreicht ist.

Ein weiter schwerwiegendes und ungelöstes Problem sind die *Schattenbanken* (Finanzintermediäre), die im Regelfall zweckgebundenes Geld (das Volumen beläuft sich mittlerweile auf 36 Billionen US-Dollar¹⁹) für Großinvestoren und klar definierte Profitziele einsetzen, die aber ohne *Einlagensicherung* voll bei Verlusten haften und auch keinen Zugang zu *Zentralbankgeld* haben. „Dennoch haben sie großen Einfluss auf die Märkte und können ein Finanzsystem ins Wanken bringen. Sie sind eng – laut Financial Stability Board (FSB) aber immerhin tendenziell abnehmend – mit den Banken vernetzt; im Krisenfall kann es außerdem zu Panikreaktionen der Anleger kommen. Wenn sie alle ihr Geld wiederhaben wollen, müssen Schattenbanken massenhaft ihre Anlagen verkaufen – was die Märkte extrem bewegen kann“ (Luttmer 2015, S. 2). Da der Schattenbankensektor nichts anderes ist als eine *Einladung zur Regulierungsvermeidung*, ist er den gleichen Regulierungsbedingungen zu unterwerfen, wie der normale Bankensektor. Für den Ökonomen Rudolf Hickel gilt ansonsten: „*Die nächste Finanzmarktkrise wird durch einen Zusammenbruch der Schattenbanken ausgelöst*“ (zitiert bei Luttmer 2015).

¹⁹ Der US-Vermögensverwalter *Blackstone* gilt mit einem verwalteten Vermögen von 4,5 Billionen US-Dollar als die größte Schattenbank der Welt. Den mit Abstand größten Schattenbankensektor der Welt gibt es mit 14,2 Billionen US-Dollar in den USA, gefolgt von England mit 4,1 Billionen US-Dollar und dem kleinen Irland mit 2,9 Billionen US-Dollar; gleichauf mit China. Auf dem fünften Platz folgt Deutschland, zusammen mit Japan, mit einem Volumen von 2,5 Billionen US-Dollar. Frankreich kommt auf 1,4 Billionen US-Dollar (Luttmer 2015, S. 2f.).

Die wahrscheinlich beste Lösung für den gesamten Bankensektor ist die Forderung, dass das Bankgeschäft wieder „*langweilig*“ gemacht werden muss, wie es der Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaft, Paul Krugman, bereits im April 2009 forderte (zitiert bei Hickel 2013, S. 94). Dazu müssen die Banken auf ihre wesentlichen *Kernfunktionen* zurückgeführt werden: a) auf die Organisation des Zahlungsverkehrs, b) auf das Einlagengeschäft zur einfachen und sicheren Ersparnisbildung und c) auf die Finanzierung gesamtwirtschaftlich und gesellschaftlich sinnvoller öffentlicher und privater Investitionen durch Kreditvergabe. Und wie insgesamt die Wirtschaft, muss gerade auch der Bankensektor einer umfassenden internen (unternehmensbezogenen) *Wirtschaftsdemokratie* unterzogen werden (Bontrup 2013). Die beschriebene *Umverteilungsursache* wird damit aber nicht beseitigt. Dazu bedarf es einer dezidiert anderen gesamtwirtschaftlichen *Einkommenspolitik* zu Gunsten der abhängig Beschäftigten, einer Beseitigung der *Massenarbeitslosigkeit* und einer veränderten *Steuerpolitik*, die Gewinne, Einkommen und Vermögen progressiv besteuert, Steuerkriminalität unnachgiebig bekämpft und endlich eine Finanztransaktionssteuer in der gesamten EU einführt. Welche Wirkung allein dabei eine wiedereingeführte *Vermögensteuer* entfaltet, hat gerade in einer Studie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW, 2016b) gezeigt. Demnach reduziert die Vermögensteuer die bestehende Einkommensungleichheit und schafft dadurch mehr Wachstum und Beschäftigung.

Literatur

Altwater, E. (2015): Zitiert aus dem Vortragsmanuskript „Nicht nur Griechenlands Schulden sind unbezahlbar“: Vortrag an der Westfälischen Hochschule, Campus Recklinghausen am 6. November 2015

Altwater, E. (2016): Zerstörung und Flucht. Von der Hierarchie der Märkte zur Migrationskrise in Europa, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 1, S. 84-94

Anselmann, C. (2013): Spitzeneinkommen und Ungleichheit. Die Entwicklung der personellen Einkommensverteilung in Deutschland, Marburg

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2014): Memorandum 2014: Kein Aufbruch – Wirtschaftspolitik auf alten Pfaden, Köln

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2015): Memorandum 2015: 40 Jahre für eine soziale und wirksame Wirtschaftspolitik gegen Massenarbeitslosigkeit, Köln

Bajor, S. (2016): Die Schuldenbremse. Politische Kritik des Staatsschuldenrechts, Wiesbaden

Berger, J. (2014): Wem gehört Deutschland? Die wahren Machthaber und das Märchen vom Volksvermögen, Frankfurt a.M.

Bischoff, J. (2006): Zukunft des Finanzmarkt-Kapitalismus. Strukturen, Widersprüche, Alternativen, Hamburg

Bischoff, J. (2015): Fragiler Wirtschaftszyklus und Finanzmarktkapitalismus, in; Sozialismus, Heft 11, S. 16-22.

Bischoff, J./Hackbusch, N./Radke, B./Weber, N. (2016): Finanz-Tombie, Drama HSH Nordbank, Supplement der Zeitschrift Sozialismus, Heft 1

Bontrup, H.-J. (2010): Durch Umverteilung von unten nach oben in die Krise, Expertise im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich Ebert Stiftung, Bonn

Bontrup, H.-J. (2013): Arbeit, Kapital und Staat. Plädoyer für eine demokratische Wirtschaft, 5. Aufl., Köln

Bontrup, H.-J. (2014): Pikettys Kapitalismus-Analyse. Warum die Reichen immer Reicher und die Armen immer ärmer werden, Bergkamen

Bontrup, H.-J. (2016): Krisenkapitalismus und EU-Verfall, Köln

Borger, S./Kaufmann, S./Roth, E. (2016): Im Reich der Wettbewerbsfähigkeit, in: Frankfurter Rundschau vom 9./10. Januar, S. 12f.

Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.) (2015): Lebenslagen in Deutschland. Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung, Berlin

Butterwegge, C./Lösch, B./Ptak, R. (2007): Kritik des Neoliberalismus, Wiesbaden

Creditreform Wirtschaftsforschung (2015): SchuldnerAtlas Deutschland. Überschuldung von Verbrauchern, Neuss/Aachen

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) (2015a): Einkommensumverteilung, DIW-Wochenbericht Nr. 8

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) (2015b): Vermögensentwicklung in Deutschland, DIW-Wochenbericht Nr. 34

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) (2016a): Zur Entwicklung von Top-Einkommen in Deutschland seit 2001, DIW-Wochenbericht Nr. 1

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) (2016b): Hohes Aufkommenspotenzial bei Wiedererhebung der Vermögensteuer, DIW-Wochenbericht Nr. 4

Der Paritätische Gesamtverband (Hrsg.) (2015): Gewinner und Verlierer, Paritätisches Jahresgutachten 2015, Berlin

Deutsche Bundesbank (Hrsg.) (2015): Ergebnisse der gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Deutschland – 2009 bis 2014, Statistische Sonderveröffentlichung 4, Frankfurt a.M.

Deutsche Bundesbank (2015): Monatsbericht 9

Goldschmidt, W./Klein, D./Steinitz, K. (2000): Neoliberalismus. Hegemonie ohne Perspektive, Heilbronn

Görgens, H. (2007): Sind die Löhne in Deutschland zu hoch?, Zahlen, Fakten, Argumente, Marburg

Grabka, M. M./Westermeier, C. (2014): Anhaltend hohe Vermögensungleichheit in Deutschland, in: DIW-Wochenbericht, Nr. 9/2014, S. 151-164

Hardes, H.-D./Mertes, J. (1997): Grundzüge der Volkswirtschaftslehre, 5. Aufl., München

Hickel, R. (2012): Zerschlagt die Banken. Zivilisiert die Finanzmärkte. Eine Streitschrift, Berlin

Hickel, R. (2013): Deutschland, Deine Banken, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 3, S. 91-98

Hickel, R. (2016): Die Nullzinspolitik der EZB, in: Tagesspiegel vom 28. Januar

Huffschmid, J. (2007): Internationale Finanzmärkte: Funktionen, Entwicklung, Akteure, in: Huffschmid, J./Köppen, M./Rhode W., (Hrsg.), Finanzinvestoren: Retter oder Raubritter?, Hamburg, S. 10-50

Institut der deutschen Wirtschaft Köln (Hrsg.) (2015):, Deutschland in Zahlen 2015, Düsseldorf

Keynes, J. M. (1936) (2009): Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes, Übersetzung des 1936 in London erschienenen Originaltitels The General Theory of Employment Interest and Money von Fritz Waeger, verbessert und um eine Erläuterung des Aufbaus ergänzt von Jürgen Kromphardt und Stephanie Schneider, Elfte, erneut verbesserte Auflage, Berlin

Krämer, H. (2015): Die Verteilung von Einkommen in Deutschland: (K)ein Problem?, in: WISO Direkt, Nr. 32, Friedrich-Ebert-Stiftung Bonn

Krelle, W. (1968): Überbetriebliche Ertragsbeteiligung der Arbeitnehmer, 2 Bde, Tübingen 1968.

Lieberam, E. (2014): Die Wiederentdeckung der Klassengesellschaft. Klassenohnmacht, Klassenmobilisierung und Klassenkampf von oben, Bergkamen.

Luttmer N. (2015): Die neue Übermacht. Internationale Finanzjongleure spekulieren mit Billionen Dollar und beeinflussen damit die Weltwirtschaft, in: Frankfurter Rundschau vom 13. November 2015, S. 2-3

Luttmer, N. (2016): Deutsche Bank. Ein Konzern in Schiefelage, in: Frankfurter Rundschau vom 29. Januar

Marx, K. (1894 (1974)): Das Kapital. Dritter Band, Fünfter Abschnitt: Spaltung des Profits in Zins und Unternehmergewinn. Das zinstragende Kapital, Berlin (Ost)

Mathez, A. (2015): Auf brüchigem Fundament, in: Frankfurter Rundschau vom 16. Juli

McKinsey (2015), Mapping Global Markets 2015, https://translate.googleusercontent.com/translate_c?depth=de&prev=search&ru...14.11.2015

Mittelbach, H. (2013): Lohn- und Kapitaleinkommen in Deutschland 1990 bis 2010, Köln

Piketty, T. (2014a): Das Kapital im 21. Jahrhundert, München

Piketty, T. (2014b): Das Ende des Kapitalismus im 21. Jahrhundert?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 12/2014, S. 41-52

Rappaport, A. (1986; 1999): Creating Shareholder Value (1986), in deutscher Übersetzung „Shareholder Value“, 2. Aufl., München

Reuter, N. (2007): Wachstumseuphorie und Verteilungsrealität, 2. Aufl., Marburg

Troost, A. (2016): Die deutsche Bank – eine der kriminellsten Banken der Welt?, Deutscher Bundestag, Berlin

Schneider, U. (Hrsg.) (2015): Kampf um die Armut. Von echten Nöten und neoliberalen Mythen, Frankfurt a.M.

Schui, H. (2009): Gerechtere Verteilung wagen!, Mit Demokratie gegen Wirtschaftsliberalismus, Hamburg

Schui, H./Spoo, E. (Hrsg.) (1996): Geld ist genug da. Geld und Reichtum in Deutschland, Heilbronn

Sievers, M. (2016): Ungebremster Absturz, in: Frankfurter Rundschau vom 22. Januar 2016

Spannagel, D. (2015): Trotz Aufschwung: Einkommensungleichheit geht nicht zurück, WSI-Report Nr. 26, WSI-Verteilungsbericht 2015

Sperber, C./Walwei, U. (2015): Trendwende am Arbeitsmarkt seit 2005: Jobboom mit Schattenseiten, in: WSI-Mitteilungen, Heft 8, S. 583-592.

Stiglitz, J. (2015): Reich und Arm. Die wachsende Ungleichheit in unserer Gesellschaft, München

Wehler, H.-U. (2013): Die neue Umverteilung. Soziale Ungleichheit in Deutschland, 2. Aufl., München

Zuerst erschienen in: Sozialismus, 43. Jahrgang, Heft 4-2016.